Stand: 19.11.2026 07:01:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13942

"Für einen serviceorientierten Staat: Direktauszahlungsmechanismus zielgerichtet, schnell und bedarfsorientiert weiterentwickeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13942 vom 14.10.2026
2. Beschluss des Plenums 19/13983 vom 15.10.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 15.10.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 14.10.2026 **Drucksache 19/13942**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Andreas Kaufmann, Kerstin Schreyer, Petra Guttenberger, Dr. Stefan Ebner, Thomas Holz, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Tobias Reiß, Jenny Schack, Martin Stock, Karl Straub, Steffen Vogel, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Für einen serviceorientierten Staat: Direktauszahlungsmechanismus zielgerichtet, schnell und bedarfsorientiert weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den bestehenden Direktauszahlungsmechanismus des Bundes schnellstmöglich i. S. d. § 139e Abgabenordnung (AO) so weiterzuentwickeln und flächendeckend nutzbar zu machen, dass staatliche Unterstützungs- und Entlastungsleistungen künftig einfach, schnell und zielgerichtet unmittelbar an die jeweils anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden können.

Hierzu soll insbesondere

– die flächendeckende Hinterlegung einer für staatliche Auszahlungen nutzbaren Bankverbindung (IBAN) in Verbindung mit der steuerlichen Identifikationsnummer vorangetrieben werden,

– eine Mitwirkungspflicht der Bürgerinnen und Bürger zur eigenständigen und proaktiven Hinterlegung der aktuellen Bankverbindung (IBAN) im zentralen Bürgerkonto geprüft werden, um die Weiterentwicklung des Direktauszahlungsmechanismus spürbar zu beschleunigen,

– eine einfache und möglichst automatisierte Aktualisierung der hinterlegten Bankverbindung ermöglicht werden,

– der bestehende Direktauszahlungsmechanismus so weiterentwickelt werden, dass nicht nur pauschale, sondern auch zielgruppenspezifische und insbesondere einkommensabhängige Zahlungen kurzfristig möglich sind,

– geprüft werden, wie Bund und Länder diesen Auszahlungsweg künftig auch für zeitlich begrenzte Hilfs-, Entlastungs- und Krisenmaßnahmen nutzen können,

– dem Datenschutz, der Datensicherheit und dem Schutz vor Missbrauch oberste Priorität eingeräumt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Staat in Krisensituationen zwar kurzfristig erhebliche finanzielle Mittel zur Entlastung der Bevölkerung mobilisieren kann, es jedoch nach wie vor flächendeckend an einem etablierten, schnellen und zielgerichteten Auszahlungsweg an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger fehlt.

Maßnahmen wie die zeitweise Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe im Jahr 2022 verdeutlichten zugleich die grundsätzlichen Nachteile breit angelegter Entlastungsinstrumente: Die Entlastung erfolgt unabhängig davon, wie stark einzelne Haushalte tatsächlich auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Staatliche Mittel können dadurch weniger zielgenau eingesetzt werden.

Direkte Zahlungen an konkret definierte Personengruppen können hier eine wirkungsvolle Alternative darstellen. Sie ermöglichen es, Hilfen dort einzusetzen, wo sie tatsächlich benötigt werden, ohne hierfür Preise oder Steuern für die gesamte Bevölkerung verändern oder umfangreiche neue Förderbürokratien schaffen zu müssen.

Der Bund hat hierfür inzwischen wichtige Voraussetzungen geschaffen. Beim Bundeszentralamt für Steuern können Bankverbindungen mit der steuerlichen Identifikationsnummer verknüpft werden. Zudem besteht ein technischer Basismechanismus für Direktauszahlungen. Dieser Ansatz muss nun konsequent weiterentwickelt und in der Breite nutzbar gemacht werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 15.10.2026 **Drucksache** 19/**13983**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Andreas Kaufmann, Kerstin Schreyer, Petra Guttenberger, Dr. Stefan Ebner, Thomas Holz, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Tobias Reiß, Jenny Schack, Martin Stock, Karl Straub, Steffen Vogel, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/**13942**

Für einen serviceorientierten Staat: Direktauszahlungsmechanismus zielgerichtet, schnell und bedarfsorientiert weiterentwickeln

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den bestehenden Direktauszahlungsmechanismus des Bundes schnellstmöglich i. S. d. § 139e Abgabenordnung (AO) so weiterzuentwickeln und flächendeckend nutzbar zu machen, dass staatliche Unterstützungs- und Entlastungsleistungen künftig einfach, schnell und zielgerichtet unmittelbar an die jeweils anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden können.

Hierzu soll insbesondere

– die flächendeckende Hinterlegung einer für staatliche Auszahlungen nutzbaren Bankverbindung (IBAN) in Verbindung mit der steuerlichen Identifikationsnummer vorangetrieben werden,

– eine Mitwirkungspflicht der Bürgerinnen und Bürger zur eigenständigen und proaktiven Hinterlegung der aktuellen Bankverbindung (IBAN) im zentralen Bürgerkonto geprüft werden, um die Weiterentwicklung des Direktauszahlungsmechanismus spürbar zu beschleunigen,

– eine einfache und möglichst automatisierte Aktualisierung der hinterlegten Bankverbindung ermöglicht werden,

– der bestehende Direktauszahlungsmechanismus so weiterentwickelt werden, dass nicht nur pauschale, sondern auch zielgruppenspezifische und insbesondere einkommensabhängige Zahlungen kurzfristig möglich sind,

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– geprüft werden, wie Bund und Länder diesen Auszahlungsweg künftig auch für zeitlich begrenzte Hilfs-, Entlastungs- und Krisenmaßnahmen nutzen können,

– dem Datenschutz, der Datensicherheit und dem Schutz vor Missbrauch oberste Priorität eingeräumt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Andreas Kaufmann
Abg. Andreas Jurca
Abg. Tim Pargent
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Stefan Frühbeißer

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für einen serviceorientierten Staat: Direktauszahlungsmechanismus zielgerichtet, schnell und bedarfsorientiert weiterentwickeln (Drs. 19/13942)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Leistung belohnen statt Umverteilung ausbauen – Bürger dauerhaft entlasten! (Drs. 19/13971)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an den Kollegen Andreas Kaufmann für die CSU-Fraktion.

Andreas Kaufmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie sitzen beim Arzt oder der Ärztin Ihres Vertrauens, Sie beschreiben Ihr Problem: Ein gekonnter medizinischer Handgriff, das richtige Medikament oder die perfekt gesetzte Spritze – und schon geht es Ihnen merklich besser. Sie haben sofort ein gutes Gefühl und Vertrauen in das System.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und der Krieg im Nahen Osten sorgen nicht nur für großes Leid bei den Menschen vor Ort, sondern auch für eine Störung unserer Energieversorgung. Somit kann man sagen: Was international passiert, kommt bei uns ganz konkret an – an der Tankstelle, bei den Heizkosten, im Haushaltsbudget. Das belastet Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsstelle täglich mit

dem Auto erreichen müssen, aber auch Unternehmen und somit die Wertschöpfung unseres Landes.

Die Frage, die sich stellt: Haben wir auch hier ein System, das uns verlässlich ein gutes Gefühl der Hilfe vermittelt? – Die Bundesregierung hat reagiert und wieder einen Tankrabatt auf den Weg gebracht. Diese Anstrengung ist anzuerkennen und hat sicherlich einen Einfluss auf die Kraftstoffpreise. Die Wirkung und auch der spürbare Faktor sind jedoch gering und sorgen eben nicht für das gute Gefühl der Entlastung.

Doch was kann helfen? Noch mehr Geld beschließen? – Das reicht nicht. Wenn der Staat große Hilfspakete beschließt, dann sollen sie auch direkt ankommen. Zwischen einem Beschluss und dem Geld auf dem Konto liegt aber oft ein komplizierter Verfahrensweg, oder es droht – wie beim Tankrabatt – eine abschwächende Wirkung.

Für einen privaten Haushalt mit knappen Rücklagen macht es einen erheblichen Unterschied, ob Hilfe zeitnah oder erst nach einem langwierigen Verfahren ankommt. Genau hier setzt unser Antrag an. Wir wollen den vorhandenen direkten Auszahlungsweg weiterentwickeln und flächendeckend nutzbar machen.

Hierzu bedarf es einer Verknüpfung der Steuer-ID mit einer gültigen IBAN. Warum? – Die Steuer-ID hilft dabei, eine Person eindeutig zuzuordnen. Die IBAN gibt an, auf welches Konto überwiesen werden soll. Beides zusammen schafft eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Staat Geld direkt an die richtige Person auszahlen kann. Einfach gesagt: Der Staat braucht für eine Überweisung eine verlässliche Zuordnung von Mensch und Konto.

Bereits 2021 vereinbarte die Ampel im Koalitionsvertrag einen sozialen Ausgleich unter dem Begriff Klimageld. Wer kennt ihn noch? – Im März 2022 folgte die konkrete Ankündigung eines Auszahlungsweges über die Steuer-ID. Anschließend wurden schrittweise die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Seit 2025 besteht ein technischer Basismechanismus für pauschale Direktauszahlungen. Diese Vorarbeit ist anzu-

erkennen. Jedoch sind momentan erst 19 % der Steuer-IDs IBAN-Kontonummern zugewiesen.

Darum kommt es jetzt darauf an, dass daraus ein breit nutzbares Instrument wird, das auch unterschiedliche Einkommen und unterschiedliche Belastungen berücksichtigen kann. Wir brauchen einen Auszahlungsweg, der vor der nächsten Krise funktioniert.

Was unser Antrag konkret verbessern soll:

Erstens. Die nutzbare Bankverbindung soll möglichst einfach hinterlegt werden können.

Zweitens. Der Kontowechsel darf kein Problem darstellen.

Drittens. Nach Einkommen oder anderen gesetzlichen Anspruchskriterien abgestufte Zahlungen sollen auch kurzfristig möglich sein.

Viertens. Es soll geprüft werden, wie Bund, aber auch einzelne Länder diesen Weg für befristete Krisenhilfen nutzen können.

Die Daten müssen dabei zur tatsächlichen Lebenssituation passen. Wer heute seinen Arbeitsplatz verliert, darf nicht allein deshalb übersehen werden, weil ein älterer Steuerbescheid noch ein höheres Einkommen ausweist. Deshalb braucht es verständliche Korrekturwege und – bei aller Digitalisierung – zur Not erreichbare Ansprechpartner. Insgesamt braucht es die Mitwirkung aller und verlässlichen Datenschutz.

Der Antrag sieht vor, eine Pflicht zur Hinterlegung der aktuellen Bankverbindung zu prüfen. Bevor der Staat hier in eine Holschuld kommt, müssen Bürgerinnen und Bürger eine Bringschuld erfüllen. Zu einem modernen Staat gehört auch, Verantwortung abzugeben. Ganz wichtig: Der Antrag ist ein Prüfantrag, keine Forderung nach einer neuen Pflicht.

Für mich gehört zu dieser Prüfung aber auch: Wer Unterstützung bei einer Eingabe braucht, der muss sie auch bekommen. Menschen ohne digitale Endgeräte oder mit

wenig digitaler Erfahrung dürfen nicht ausgeschlossen werden. Bürger müssen darauf vertrauen können, dass ihre Daten sicher sind und eine Auszahlung tatsächlich auf dem richtigen Konto landet.

Wir haben auf einer Delegationsreise des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen letzte Woche in Kopenhagen hautnah erfahren, wie die neue Regierung dort mit dem Datendiebstahl aller 8,8 Millionen CPRs, also der persönlichen ID-Daten, umgehen muss. Es war beeindruckend, wie angemessen und sensibel reagiert wurde, während sowohl bei der Politik als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin volles Vertrauen in dieses System besteht.

Zusammengefasst: Es soll sich für jeden Einzelnen etwas zum Positiven ändern. Wir wollen mit dem Antrag zeigen, dass die Grundlagen für dieses wichtige Tool vorhanden sind und die Basis geschaffen wurde. Woran es fehlt, ist die Geschwindigkeit. Das erklärt hier die Dringlichkeit. Wir wollen vor der nächsten notwendigen Hilfe einsatzbereit sein.

Das ist auch ein ganz einfaches Prinzip: Eine Hilfe wird beschlossen, eine Person erfüllt die Voraussetzungen, die Bankverbindung ist hinterlegt, die Verwaltung kann diese Hilfe zuverlässig und schnell auszahlen. Punkt. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in Bayern und in Deutschland sollen sich in Zukunft darauf verlassen können, dass ihnen in der Not schnell, zuverlässig und zielgerichtet geholfen werden kann.

Wir, die Legislative als auch die Exekutive, bekommen damit das positive Gefühl, dass unsere hier beschlossenen Hilfen auch ankommen. Im Sinne dieses positiven Gefühls: Stimmen Sie uns zu, und lassen Sie uns auch in Zukunft zielgerichtet helfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner für die AfD-Fraktion: Kollege Andreas Jurca.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren! Die CSU und die FREIEN WÄHLER wollen den Staat mit ihrem Antrag serviceorientierter machen. Das klingt erst einmal gut.

Schauen wir uns aber doch einmal an, was Sie hier eigentlich fordern: Sie wollen einen Mechanismus weiter ausbauen, mit dem der Staat seinen Bürgern möglichst einfach und automatisiert Geld überweisen kann – Geld, das er ihnen zuvor über Steuern und Abgaben abgenommen hat. Genau da beginnt für mich das eigentliche Problem.

Diese Idee ist keineswegs neu. Der Direktauszahlungsmechanismus wurde unter der Ampel-Regierung auf den Weg gebracht. Ein wesentlicher Anlass war damals das sogenannte Klimageld. Die Idee dahinter war denkbar einfach: Man verteuert den Menschen über die CO_2-Bepreisung das Leben und zahlt ihnen anschließend einen Teil des Geldes wieder zurück.Anstatt also die Belastung zu beseitigen, baut man lieber einen Mechanismus auf, um anschließend die Belasteten zu entschädigen. Das war die Politik der Ampel. Und heute stehen CSU und FREIE WÄHLER hier im Bayerischen Landtag und wollen genau diesen Mechanismus weiter ausbauen. Sie setzen damit eine Politik fort, für die Sie die Ampel jahrelang kritisiert haben. Aber es geht Ihnen längst nicht mehr um pauschale Auszahlungen. Sie wollen ausdrücklich, dass künftig auch einkommensabhängige Leistungen automatisiert ausgezahlt werden können. Dazu muss der Staat persönliche Daten nützen und miteinander verknüpfen. Ich frage mich schon, wo das eigentlich hinführen soll. Heute ist es das Einkommen, morgen sind es vielleicht das Vermögen, der Familienstand oder die Erwerbsbiografie. Wie weit wollen wir die Erfassung und Verknüpfung persönlicher Daten eigentlich noch treiben?

In Ihrem Antrag gibt es einen weiteren Punkt, den ich besonders bemerkenswert finde: Im Mai dieses Jahres waren für rund 16 Millionen Menschen Bankverbindungen hinterlegt, für knapp 70 Millionen hingegen nicht. Von diesen 16 Millionen Menschen hatten gerade einmal rund 955.000 Bürger ihre Kontoverbindung selbst gemeldet. Der große Rest kam überwiegend über die Familienkasse. Man könnte sich angesichts dieser Zahlen einmal fragen, ob die Bürger einen solchen Mechanismus überhaupt wollen. Aber was machen Sie? Sie wollen prüfen lassen, ob man die Bürger gesetzlich verpflichten kann, ihre Bankverbindung zu hinterlegen. Das ist schon ein merkwürdiges Verständnis von Bürgerfreundlichkeit.

Aber kommen wir zum eigentlichen Kern der Sache. Während Sie sich Gedanken darüber machen, wie der Staat künftig Gelder noch gezielter verteilen kann, stellen wir als AfD-Fraktion eine ganz andere Frage: Warum lassen wir den Menschen nicht einfach mehr von ihrem selbstverdienten Geld? Warum entlasten wir nicht endlich diejenigen, die jeden Morgen aufstehen, arbeiten gehen, ihre Familien versorgen und dieses Land mit ihren Steuern und Abgaben am Laufen halten? Diese Menschen brauchen doch nicht immer neue staatliche Transferleistungen, für die sie womöglich nicht einmal anspruchsberechtigt sind. Sie brauchen niedrigere Steuern. Sie brauchen geringere Abgaben, und sie brauchen das Gefühl, dass sich ihre Arbeit in diesem Land wieder einmal lohnt.

Genau dafür setzen wir uns als AfD-Fraktion ein; denn Deutschland wird nicht dadurch wieder zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort, dass der Staat immer besser darin wird, Geld umzuverteilen, sondern dadurch, dass sich Leistung lohnt, dass Unternehmen investieren und dass arbeitende Menschen von ihrem Einkommen wieder vernünftig leben können.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, ein wirklich serviceorientierter Staat ist nicht derjenige, der seinen Bürgern ihr eigenes Geld möglichst schnell zurücküberweist, sondern derjeni-

ge, der ihnen von Anfang an mehr davon lässt. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab und haben einen eigenen Gegenantrag eingebracht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Pargent für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was haben Energiehilfe oder Energiegeld und ein Flug zum Mars gemeinsam? – Wir würden zwar gern gleich loslegen, aber wir können noch nicht. So einfach ist es. Warum es beim Flug zum Mars noch nicht geht, das können berufenere Menschen erklären. Bei einer pauschalen Energiehilfe durch den Staat liegt es am Direktauszahlungsmechanismus des Bundes, der zwar grundsätzlich vorhanden, aber noch nicht schlagkräftig und bestückt ist.

Was ist der Sinn eines solchen Direktauszahlungsmechanismus? – Man könnte den Menschen im Land ganz einfach direkt Geld auf ihr Konto überweisen. Das wäre ziemlich sinnvoll, zum Beispiel in Krisensituationen für Krisengeld oder eine Hilfsmaßnahme. Es wäre in konjunkturellen Krisen sinnvoll, wenn man zum Beispiel den Konsum bewusst ankurbeln möchte. Oder es wäre auch sinnvoll, um dauerhafte Ausgleichsmechanismen zu schaffen. Wir GRÜNEN haben zum Beispiel vorgeschlagen – darauf geht dieser Auszahlungsmechanismus zurück –, die Einnahmen der CO_2-Bepreisung und der CO_2-Besteuerung, die auf diejenigen, die mehr CO_2 ausstoßen, eine Lenkungswirkung haben, den Menschen wieder zurückzugeben, und zwar pro Kopf. Dann würden die Haushalte mit niedrigeren Einkommen mehr profitieren; denn das sind die Bürger, die üblicherweise weniger CO_2 in die Luft blasen.

Ein Beispiel wäre auch das aktuelle Energiegeld bzw. der aktuelle Tankrabatt. Der Tankrabatt hat die Schwäche, dass wir nur diejenigen entlasten, die auch tanken. Das ist das Wesen dieses Tankrabatts. Wir würden aber auch die Bürger entlasten, die

viel tanken, etwa weil sie viel fahren, vielleicht aber auch, weil sie ein Auto fahren, das sehr viel verbraucht. Es ist natürlich nicht besonders zielgerichtet, Autofahrer mit großen Fahrzeugen stärker zu entlasten. Besser wäre ein direkt ausgezahltes Energiegeld. Dann könnten die Menschen selbst entscheiden, ob sie es nutzen, um damit zu tanken, ihre Heizkosten oder den ÖPNV oder was auch immer zu bezahlen. Sie könnten bei gestiegenen Energiekosten selbst entscheiden, was sie mit dem Geld tun. Wichtig wäre es, dass wir zukünftig die Sache einkommensabhängig machen. Auch da stimmen wir den Antragstellern zu.

Woran mangelt es jetzt? – Für etwa 80 % der Deutschen liegt beim Bundeszentralamt für Steuern, welches das Ganze ausführt, keine IBAN vor, die mit der Steuer-ID verknüpft ist. Das ist wieder typisch deutsch. Diesen Punkt müssten wir dringend angehen. Deshalb stimmen wir an dieser Stelle den Antragstellern und der CSU deutlich zu. Wir stimmen aber auch zu, weil Sie ein Projekt weiterverfolgen, das wir in der Ampel ausdrücklich vorgeschlagen haben.

Dass ich hier zu einem Antrag spreche, in dem die CSU ein Projekt des Vizekanzlers Habeck extra noch einmal beantragt, hätte ich nicht gedacht. Aber ich kann Ihnen sagen, Sie sind auf einem guten Weg. Sie sind auf einem Weg der Besserung, und den begleiten wir zustimmend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Halbleib. Bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme das Ergebnis vorweg: Wir werden diesem Antrag zustimmen. Tim Pargent, vorne in der Reihe der CSU sind die Gesichter etwas blass geworden, da die CSUler jetzt mit ihrem Antrag im Nachhinein sozusagen dem Habeck auch noch recht geben. Ich glaube, sie haben kurz überlegt, ob sie den Antrag zurückziehen.

Aber vielleicht etwas zum Charakter dieses Antrags. Es ist nämlich in mehrfacher Hinsicht ein Schaufensterantrag. Es ist ein Antrag, in dem ein Finger nach Berlin – vielleicht auf ein bestimmtes Ministerium – zeigt, in dem aber drei Finger auf die CSU zurück zeigen.

Ich fange einmal damit an: Erstens. Der Direktauszahlungsmechanismus ist von der viel gescholtenen Ampel durch das Jahressteuergesetz 2024 auf den Weg gebracht worden. CDU und CSU haben gegen dieses Gesetz und auch gegen diesen Direktauszahlungsmechanismus gestimmt.

Zweitens. Es wird zum kommenden Jahressteuergesetz aus dem Finanzministerium an den Bundestag zum einkommensabhängigen Direktauszahlungsmechanismus eine Formulierungshilfe geben, um das Ganze weiter umzusetzen. Das weiß die CSU natürlich auch. Das ist vorbereitet. Der Bund liefert also. Dann wird es schon spannend. Die Banken – nicht die Bürger – sollen zur Weitergabe der IBAN verpflichtet werden. Das ist der einfachste und schnellste Weg, um das System, das Sie hier so stark unterstützen, auf den Weg zu bringen. Das wollen Sie aber nicht. CDU und CSU blockieren dieses Modell auch unter dem Druck der Bankenlobby. Das ist die Wahrheit: Sie blockieren es.

Dann ist vielleicht auch über die Blockadehaltung der Länder nachzudenken, insbesondere auch des Freistaats Bayern, betreffend die Weitergabe der Daten zum Einkommen, die bei den Finanzverwaltungen der Länder liegen. Diese Daten werden aus Sicht der Länder dem Bund nur ungern übertragen, weil sie vollständig sind.

(Zuruf von der CSU)

– Aber das ist die Voraussetzung dafür. Wenn ich einkommensabhängige Zahlungen leisten will, brauche ich die Daten aus den Finanzverwaltungen der Länder. Auch hier blockieren die Länder, insbesondere das CSU-geführte Finanzministerium aus Bayern. Das ist die Wahrheit, die man zu diesem Antrag sagen muss.

(Zuruf von der CSU: Es gibt genug andere Wege, um das zu lösen!)

Sie zitieren im Antrag sozusagen als negatives Beispiel den Tankrabatt und die zeitweise Senkung der Kraftstoffpreise. Der Tankrabatt ist wiederholt worden, aber nicht deshalb, weil es so klug und gut war, sondern weil der Preisdeckel und die Übergewinnsteuer von Ihnen aus ideologischen Gründen abgelehnt wurden. Das muss man bei diesem Antrag deutlich sagen.

Im Ziel sind wir uns trotzdem einig. Es hindert uns aber nichts daran, auch Schaufensteranträgen dieser Art zuzustimmen, weil wir tatsächlich ein gemeinsames Ziel anstreben. Aber ein bisschen scheinheilig ist dieser Antrag schon, auch im Hinblick darauf, was ich ausgeführt habe. Wir werden dennoch zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht jetzt der Kollege Stefan Frühbeißer.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Damen und Herren der Oppositionsfraktionen zu meiner Linken haben schon signalisiert, dass sie dem Dringlichkeitsantrag zustimmen werden. Die Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite haben angekündigt, sie lehnen den Dringlichkeitsantrag ab. Die Begründung war ein bisschen merkwürdig, wenn Sie verstanden haben, worum es in diesem Dringlichkeitsantrag geht.

Es geht darum, Menschen in Krisensituationen schnell helfen zu können. Heute Mittag haben wir uns mit dem Thema Bürokratieabbau befasst. Wir wollen einfacher und schneller werden und die Digitalisierung nutzen. Jetzt würden Sie wieder dagegenstimmen. Das werden Sie voraussichtlich auch machen. Für mich ist klar: Das ist ein sinnvoller Weg. Das ist schon wieder ein erster Schritt. Das ist heute auch praktizierter Bürokratiebau, und damit kann ich es auch bewenden lassen. Stimmen Sie bitte dem Dringlichkeitsantrag zu. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/13942 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/13971 seine Zustimmung geben will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt ist die Frage, ob wir den nächsten Dringlichkeitsantrag noch aufrufen, weil wir ihn zeitlich wahrscheinlich nicht mehr zur Abstimmung bringen können.

(Zurufe)